Sekundärnutzung medizinischer Behandlungsdaten

Uwe K. Schneider¹

¹ Der Autor dankt Dr. Manuel Klar für seine Mitarbeit an den Kapiteln I.2, I.3, I.4 und I.16 sowie Johannes Bernhardt für seine Mitarbeit an den Kapiteln I.5 und I.11.

Inhalt Teil I

1	Vorv	Vorwort			
2	Pers	Personenbezug bei Pseudonymisierung und Anonymisierung			
	2.1	Relativität des Personenbezugs in subjektiver Hinsicht			
		2.1.1 Überblick			
		2.1.2 Stellungnahme			
	2.2	Relativität des Personenbezugs in objektiver Hinsicht			
		2.2.1 Datenschutzrechtliche Anforderungen an eine faktische Anonymisierung			
		2.2.2 Methoden der Anonymisierung			
		2.2.3 Empfehlungen zur Risikovorsorge			
	2.3	Ergebnis			
3	Abgı	renzung der Verarbeitungszwecke "Qualitätssicherung" und "Behandlung"			
	3.1	Typische Behandlungszwecke			
	3.2	Typische Zwecke der Qualitätssicherung			
	3.3				
		komplementärer Anwendungsbereich oder Überschneidungsbereiche?			
	3.4	Ergebnis			
4	Zwe	ckändernde automatisierte Auswertung personenbezogener Daten			
4		anonymen Ergebnissen			
	4.1	Bewertung aus Sicht des Datenschutzrechts im engeren Sinne			
		4.1.1 Umgang mit "personenbezogenen Daten" trotz anonymen Outputs?			
		4.1.2 Hilfsweise: Bedeutung einer Zweckänderung im Datenschutzrecht			
	4.2	Vereinbarkeit mit der Schweigepflicht der Heilberufe			
		4.2.1 Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB)			
		4.2.2 Berufsrechtliche Verschwiegenheitspflicht (§ 9 Abs. 1 MBO-Ä)			
	4.3	Ergebnis			
5	Spez	rialgesetzliche Einschränkungen der Sekundärnutzung			
	5.1	Bundeseinheitliche Regelungen			
		5.1.1 Gendiagnostikgesetz (GenDG)			
		5.1.2 Transplantationsgesetz (TPG)			
		5.1.3 Medizinproduktegesetz (MPG)			
		5.1.4 Transfusionsgesetz (TFG)			
		5.1.5 Arzneimittelgesetz (AMG)			
	5.2	Länderspezifische Regelungen bei Unterbringung psychisch Kranker			
		5.2.1 Länder ohne spezifische Regeln			
		5.2.2 Sonderregeln zum Datenschutz			
		5.2.3 Sonderregelungen zur Forschung mit personenbezogenen Daten			

		es Datenschutzrecht für die Sekundärnutzung klinischer Daten ksichtigung des Landesrechts	
		tnis von Datenschutz und Schweigepflicht	
	6.1.1	Unabhängigkeit von Datenschutz und Schweigepflicht (Zwei-Schranken-Theorie)	
	6.1.2	Besondere Zweckbindung nach Übermittlung aufgrund der Schweigepflicht	
6.2	Einges	chränkte Sonderregeln für Religionsgemeinschaften	
6.3			
0.5		ankenhäuser anwendbares Datenschutzrecht und Datenschutzaufsicht	
6.4	4 Übersicht 2: Gesetzliche Erlaubnisse zur Sekundärnutzung von Behandlungsdaten		
6.5		sdatenschutzgesetz	
	6.5.1	Anwendungsbereich	
	6.5.2	Forschungsklausel (§ 28 Abs. 6 Nr. 4 BDSG)	
	6.5.3	Qualitätssicherung	
	6.5.4	Einwilligung	
6.6	Für Kli	niken relevante Datenschutzvorschriften der Bundesländer	
	6.6.1	Baden-Württemberg	
	6.6.2	Bayern	
	6.6.3	Berlin	
	6.6.4	Brandenburg	
	6.6.5	Bremen	
	6.6.6	Hamburg	
	6.6.7	Hessen	
	6.6.8	Mecklenburg-Vorpommern	
	6.6.9	Niedersachsen	
	6.6.10	Nordrhein-Westfalen	
	6.6.11	Rheinland-Pfalz	
	6.6.12	Saarland	
		Sachsen	
		Sachsen-Anhalt	
		Schleswig-Holstein	
		Thüringen	
6.7		niken relevante Datenschutzvorschriften der Kirchen	
	6.7.1	Evangelische Kirche	
	6.7.2	Katholische Kirche	
		g von Behandlungsdaten für interne Qualitätssicherung orschung	
7.1	Verwe	ndung von Behandlungsdaten in unveränderter Form den Behandler	
		Zweckänderung hin zur Forschung	
		Two-ckanderung him zur Auslitätssisherung	

	7.2	Verwendung von Behandlungsdaten in pseudonymisierter Form durch den Behandler			
		7.2.1 Verwendung pseudonymer Daten durch den Behandler			
		7.2.2 Vorgang der Pseudonymisierung			
		Verwendung von Behandlungsdaten in anonymisierter Form durch den Behandler			
		7.3.1 Verwendung anonymer Daten durch den Behandler7.3.2 Vorgang der Anonymisierung			
	7.4	Verwendung von Behandlungsdaten in pseudonymisierter Form durch nicht behandelndes Personal in der gleichen Fachabteilung			
		7.4.1 Personenbezogene Datenverwendung der Behandlungseinrichtung			
	7.5	Verwendung von Behandlungsdaten in pseudonymisierter Form durch Personal anderer Fachabteilungen			
		 7.5.1 Personenbezogene Datenverwendung der Behandlungseinrichtung 7.5.2 Teils besonders rechtfertigungsbedürftiges Übermitteln, teils rechtfertigungsbedürftige sonstige Verwendung 			
8	teils rechtfertigungsbedürftige sonstige Verwendung : Datenverarbeitung im Auftrag für Zwecke der Forschung oder Qualitätssicherung :				
•	8.1				
		8.1.1 Zulässigkeit der Forschung oder Qualitätssicherung durch die Behandlungseinrichtung			
		8.1.2 Personenbezug für den Auftragnehmer?			
		8.1.3 Offenbaren im Sinne der Schweigepflicht (§ 203 StGB)			
		8.1.4 Allgemeine Charakteristika der Auftragsdatenverarbeitung			
		8.1.5 Fehlender Personenbezug: Entbehrlichkeit einer besonderen Erlaubnis, Sinnhaftigkeit vertraglicher Absicherungen			
	8.2	Gesundheitsspezifische Regelungen zur Auftragsdatenverarbeitung			
		8.2.1 Keine gesundheitsspezifische Auftragsdatenverarbeitung im BDSG			
		8.2.2 Landeskrankenhaus- oder vergleichbare Gesetze			
	8.3	Zusammenfassende Bewertung			
9		rmittlung pseudonymer Daten im Wege der Funktionsübertragung Forschung oder Qualitätssicherung			
	9.1	(Kein) Personenbezug für die externe Einrichtung			
	9.2	Zulässigkeit der "Übermittlung" sowie von interner Vor- und Nachbereitung			
	J	9.2.1 Keine Übermittlung mangels Personenbezug für die externe Einrichtung 9.2.2 Übermittlung bei angenommenem Personenbezug für die externe Einrichtung			
	9.3	Übersicht 5: Explizite gesetzliche Anforderungen an Übermittlungsempfänger			

10	Einri	chtung	sübergreifende Pseudonymisierung im Forschungsverbund	
	10.1		ätsdaten als personenbezogene Gesundheitsdaten atientengeheimnisse	
	10.2	Funkti	onsübertragung und Eigenverantwortlichkeit des Datentreuhänders	
	10.3	Zuläss	igkeit	
			Regelungen ohne Offenbarungsbefugnis	
			Vorhabenbezogene Erlaubnisnormen für die Datenübermittlung	
			Einrichtungsübergreifende Pseudonymisierung aufgrund Einwilligung	
	10.4	Vertra	gliche Ausgestaltung	_
11			ng von Ethikkommissionen bei Forschung enbezogenen oder pseudonymen Daten	
	11.1		iehung von Ethikkommissionen nach § 15 MBO-Ä	
			Pflicht zur Einbeziehung einer Ethikkommission	
			Zusammensetzung der Ethikkommission	
			Zuständigkeit und Verfahren	
	11 2		egriff des Personenbezugs in § 15 MBO-Ä	
	11.2		Vorüberlegungen	
			Begriff des Personenbezugs in § 15 MBO-Ä	
		11.2.3	Ergebnis: Grundsätzlich gleiche Bedeutung des Personenbezugs in § 3 Abs. 1 BDSG und § 15 Abs. 1 MBO-Ä	
	11.3		ch mit den Berufsordnungen der Landesärztekammern	
			Landesärztekammern ohne eine Neufassung des § 15 BO	
		11.3.2	Landesärztekammern mit einer Neufassung des § 15 der Berufsordnung	
12			ındärnutzung relevante Unterschiede hinsichtlich Forschungszweck Durchführung eines Forschungsvorhabens	
13 Landesspezifische und für die Sekundärnutzung relevante Unterschiede in den Forschungsklauseln				
	13.1	Grund	legende Unterschiede	
	13.2	Übersi	cht 6: Unterschiede zwischen den Forschungsklauseln im Einzelnen	_
14	Date	nschutz	zbeauftragte und Aufsichtsstrukturen	
			digkeiten der lokalen Datenschutzbeauftragten	
	14.2		digkeiten der Beauftragten für den Datenschutz des Bundes er Länder sowie der Aufsichtsbehörden auf Landesebene	
			Datenschutzbeauftragte des Bundes und der Länder	
			Aufsichtsbehörden der Länder nach § 38 BDSG	
	14.3	Zustän	digkeiten bei Verbundforschung	

15	Besc	häftigtendatenschutz bei der Sekundärnutzung von Behandlungsdaten			
	15.1	.1 Übersicht 7: Auf Beschäftigungsverhältnisse in Kliniken vorrangig anwendbares Datenschutzrecht			
	15.2	Anwendungsbereich des BDSG			
	15.3	Anwendungsbereich der Landesdatenschutzgesetze			
	15.4	Anwendungsbereich der kirchlichen Datenschutzgesetze			
16	Zivil-	und strafrechtliche Folgen fahrlässiger Datenschutzverstöße			
	16.2	Zivilrechtliche Folgen			
17	Rech	tspolitisches Schlusswort			
18	Anha	Anhang Teil 1			
		Pflichtenheft (Auszug)			
	18.2	Abkürzungsverzeichnis			
	18.3	Verzeichnis der Abkürzungen der Bundesländer			
	18.4	Literaturverzeichnis			

1 Vorwort

Medizinische Daten können auch über den primären Behandlungskontext, in dem sie erhoben wurden, hinaus erheblichen Nutzen stiften. So kann ihre Auswertung zeigen, ob und inwieweit bestehende Qualitätsstandards in einer Behandlungseinrichtung oder im Gesundheitswesen allgemein beachtet werden, was deren Einhaltung längerfristig sichert. Zudem können auf dieser Datenbasis Hypothesen generiert und überprüft werden, was die Erforschung neuer Behandlungsmethoden unterstützt

Je größer die analysierten Datenmengen, desto valider sind in der Regel die dabei gewonnenen Erkenntnisse. Mit dem Text- und Data-Mining stehen grundsätzlich Methoden zur Verfügung, um der inhaltlichen Komplexität einer solchen "Big Data"-Analyse gerecht zu werden. Durch das Text-Mining können dabei un- oder schwach strukturierte Dokumente (z.B. Freitext-Arztbriefe) semantisch analysiert und geordnet werden. So strukturierte Daten können mittels des Data-Mining weiter ausgewertet werden. Die Anwendung dieser Methoden auf große Datenmengen ist zwar rechenintensiv, mit der Cloud-Technologie existiert jedoch eine Möglichkeit zur effizienten Nutzung gegebenenfalls auch weit verteilter IT-Ressourcen.

Diesem Nutzenpotential stehen aber auch Risiken gegenüber, wenn Behandlungsdaten aus der Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient, die dem Zweck der Behandlung dient, herausgelöst und für die sekundären Zwecke der Qualitätssicherung oder Forschung gegebenenfalls in weit verteilten Strukturen verwendet werden. Die Kontrolle der tatsächlichen Einhaltung des vorgegebenen Zweckrahmens wird durch eine entsprechende Datenverteilung erschwert. Dies kann zudem dazu führen, dass die betroffenen Patienten unter Umständen innerhalb des Gesundheitswesens